

II-3657 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH

XIV. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 27. April 1978
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

ZI. IV-50.004/8-1/78

1687/AB

1978-04-28
zu 1692/J

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Dr. REINHART
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betref-
fend Pollenwarndienst in Tirol

(Nr. 1692/J-NR/1978)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich
folgende Fragen gerichtet:

- "1) Hat sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bereits mit dem Problem der Einrichtung eines Pollenwarndienstes in Tirol befaßt, gegebenenfalls zu welchen Ergebnissen führte diese Untersuchung ?
- 2) Hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Kontakt aufgenommen, um die Betreuung des Projektes nicht nur praktisch-medizinisch, sondern auch wissenschaftlich zu garantieren, gegebenenfalls zu welchem Ergebnis sind diesbezügliche Verhandlungen gekommen ?

- 2 -

- 3) Inwieweit wird sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz an der praktischen und wissenschaftlichen Auswertung der bereits bestehenden Einrichtungen finanziell beteiligen ?
- 4) Hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz den Obersten Sanitätsrat bzw. das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen mit dem Problem der Errichtung eines Pollenwarndienstes in Tirol befaßt, gegebenenfalls zu welchem Ergebnis sind die vorgenannten Stellen gekommen ?
- 5) Sieht sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz auf Grund der wissenschaftlichen Erkenntnisse veranlaßt, eine weitere Anlage im Rahmen des Pollenwarn-dienstes in Tirol in nächster Zeit zu installieren ?
- 6) Haben sich auch andere österreichische Stellen (z.B. Krankenversicherungsträger) mit dem gegenständlichen Problem befaßt und zu welchem Ergebnis ist man gekommen ?
- 7) Sind koordinierte Maßnahmen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mit den Bundesländern im Sinne einer gesamt-österreichischen Problemlösung in Aussicht genommen ?"

- 3 -

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1):

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat sich mit der fachlichen Prüfung des Problems eingehend befaßt und hält die Einrichtung eines österreichischen Pollenwarndienstes für gesundheitspolitisch zweckmäßig.

Zu 2):

Der Ausbau eines österreichischen Pollenwarn-
dienstes ist von Wiener Universitätskliniken ausge-
gangen, im Rahmen derer das Projekt von namhaften Ärzten
betreut wird. Damit erscheint auch die wissenschaftli-
che Komponente der Projektbetreuung ausreichend garan-
tiert. Kontakte bzw. Verhandlungen mit dem Bundes-
ministerium für Wissenschaft und Forschung fanden
nicht statt.

Zu 3):

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist an der Auswertung der erhobenen Ergebnisse sehr interessiert und wird sich zu gegebener Zeit gerne in das Projekt einschalten.

Zu 4):

Der Oberste Sanitätsrat hat bei seiner 138. Voll-
versammlung am 26. März 1977 das Problem eingehend dis-
kutiert und die Errichtung eines Pollenwarndienstes be-
grüßt.

- 4 -

Zu 5):

Die Errichtung weiterer Anlagen im Rahmen des Pollenwarndienstes in Tirol müßte von den Fachleuten für notwendig erachtet werden. Hilfestellungen können erst dann in Betracht gezogen werden.

Zu 6):

In Österreich bestehen bereits mehrere Stellen, die dem Pollenwarndienst angeschlossen sind, so z.B. in Wien, Kärnten und Zell am See.

Zu 7):

Sollten die Erfahrungen die Notwendigkeit koordinierender Maßnahmen ergeben, bin ich gerne bereit, an einer gesamtösterreichischen Problemlösung mitzuwirken.

W. Neuwirth